

Renten

Ob bei 1.Mai-Feiern, auf Parteikongressen oder im trauten Familienkreis: das Thema Renten sorgt nach wie vor in Luxemburg für heftige Kontroversen. Mit einem geschickten Vorschlag der letzten Minute hat die CGFP der Regierung vorerst den schwarzen Peter beim Scheitern der Rentenverhandlungen im öffentlichen Dienst zugespielt. Leider steht einem Staatsminister, der um jeden Preis ein politisches Zeichen setzen möchte, eine CGFP gegenüber, die auf den Erhalt der «droits acquis» fixiert ist. Doch wenn diese «droits acquis», begleitet von mehr oder weniger großzügigen Übergangsbestimmungen, sowieso abgeschafft werden, wer setzt sich ein für die Interessen der wahren Verlierer, der neueingestellten, jüngeren Staatsbeamten der unteren Laufbahnen?

Wer wie der OGBL den Anspruch erhebt, die «Gewerkschaft aller Werktätigen» zu sein, also des Privat- und des öffentlichen Sektors, gerät in der Rentenfrage schnell zwischen Regierungs-Hammer und CGFP-Amboß. Trotz interner Uneinigkeit findet John Castegnaro deutliche Worte: Konvergenz sei, daß sich beide Systeme aufeinander zu bewegen (1). Daß dem klaren Konzept eines Einheitsregimes Forderungen wie die nach Abschaffung des «Plafond» im privaten Rentensektor zur Seite gestellt werden, zeigt, daß der OGBL kompetenter bei der gerechten Verteilung ist als bei der Finanzierung.

Denn daß in Bezug auf die Finanzierbarkeit Handlungsbedarf besteht, darin sind sich die Experten einig. Auch wenn rein technisch kein Grund zur Panik besteht, mag es politisch sinnvoll sein, jetzt zu handeln. Allein es fehlt noch an Konzepten. Klar ist, daß bei gleichem Beitrags- und Auszahlungsschlüssel die Rechnung nicht aufgeht. Jeder muß sich Gedanken machen über andere Finanzierungsquellen (Fiskalisierung, Kapitalisierung) und über eine Senkung des auszuzahlenden Rentenvolumens (Senkung der Höchstrenten, Grundrente).



(1) OGBL aktuell 3/98

Nachhaltigkeit

In ihrem kürzlich veröffentlichten Wirtschaftsprogramm (2) stimmen auch «Déi Gréng» in die Panikmache über die Gefährdung der öffentlichen Rentensysteme ein. Dabei handelt es sich weniger um eine Beschreibung der spezifischen Probleme der nationalen Situation (Grenzgänger) als um eine karikaturale Kritik des Umlageverfahrens («ungedeckter Scheck»). Die Ankündigung eines Kapitalstockverfahrens (einer Kapitalisierung im Rahmen der Rentenkassen) als «deus ex machina» riskiert von der Berichterstattung bevorzugt aufgegriffen zu werden. Als Variante der neoliberalen Kapitalisierung auf individueller Basis (miß-)verstanden, verdeckt es leider die gewissenhaft in das Papier integrierten Überlegungen zu sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vereinbarkeit. Allerdings, eine Anlageform die gleichzeitig ökologisch, sozial, zukunftssicher und dann auch noch zinsträchtig sein soll, ist das nicht ein bißchen viel verlangt?

Ganz allgemein übt sich das Wirtschaftsprogramm in der Versöhnung von Widersprüchen - oder ist es nur eine Aneinanderreihung derselben? Hier ein bißchen Staatsschelte, dort Schelte für den Liberalismus, ein bißchen Bekenntnis zur Marktwirtschaft und Rufe nach mehr Politik ... - kurzum, die Stoßrichtung ist nicht sehr klar. Manches ist neu, originell, innovativ, - aber oft auch kaum mehr als grün zu erkennen. Berücksichtigt man die Vorgabe, entgegen der von der Wirklichkeit abgehobenen altlinken Tradition, einmal ein konkretes und mit Kompetenz glänzendes Wirtschaftspapier zu verfassen, so wird das Ergebnis verständlicher.

Viele Vorschläge bleiben allerdings doch verschwommen, wie das für ein Grundsatzpapier eigentlich normal ist. Wo Kompetenz demonstriert werden soll, hat man den Eindruck, daß die politischen Aussagen dafür abgeschwächt werden, wie zum Beispiel bei der Beurteilung des Finanzplatzes. Auch beim Thema Energiesteuer verzichtet man auf Zahlen zum Benzinpreis. Dies mag wahltaktisch klug sein, zur notwendigen Veränderung der öffentlichen Meinung trägt es wenig bei. Obwohl auch dort die Dünnbrettbohrer zum Gegenschlag ausholen, haben es die deutschen Grünen immerhin fertiggebracht, die Diskussion in ihrem Land voranzubringen.

(2) *En neie Modell
Lëtzebuerg,
Vorschläge für eine
nachhaltige
Wirtschaftspolitik,
zu beziehen über
DÉI GRÉNG,
Tel. 46 37 40*

Interessengegensätze

Wirtschaftspolitische Probleme sind von Natur aus technisch. Überkommene ideologische Etikettierungen (Umlagefinanzierung ist links, Grundrente ist rechts) können nicht mehr helfen, sich in den Debatten zurechtzufinden. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Probleme rein technische Probleme sind, und daß Wahlen nur noch dazu dienen, die wirtschaftlich kompetentesten Politiker an die Macht zu hieven. Nach wie vor geht es bei den technischen Debatten auch um Interessengegensätze. Technische Kompetenz ist Voraussetzung für die Effizienz beim Erreichen der Ziele, die man sich setzt - sie kann aber nicht die Diskussion über diese Ziele, ihre Festlegung und die Beschaffung von Mehrheiten dafür ersetzen.

RK